

DU und FBP gegen Prämienbremse

Subvention Der Staatsbeitrag an die Kosten der OKP wird nicht erhöht. Damit dürften die Krankenkassenprämien weiterhin steigen. Geprüft wird nun aber, ob von den hohen Reserven der Krankenkassen profitiert werden kann.

Kleine Anfragen

Bis zum Sitzungsende darf die Regierung insgesamt 31 Kleine Anfragen der Abgeordneten zu folgenden Themen beantworten:

Thomas Lageder (FL)

- Krankenversicherung und Landesabwesenheit
- Beteiligung der Regierung am Finance Forum und am Unternehmertag
- Verbandsklagerecht des Vereins für Menschenrechte

Daniel Oehry (FBP)

- Schwerpunkte der S-Bahn Gespräche in Wien
- Sicherheitsstandards im Tunnel Gnalp-Steg

Christoph Wenaweser (VU)

- Völkerrechtswidrige Sanktionen Liechtensteins?

Patrick Risch (FL)

- Personalsituation beim Amt für Justiz
- Beitrag des Landes an die Artenvielfalt

Günter Vogt (VU)

- Grundversorgung im Versicherungsmarkt
- Mobil- und Festnetztarif der Telecom Liechtenstein
- Liechtensteinische Roadmap zur Förderung der Elektromobilität

Harry Quaderer (DU)

- Sehr hohe Suizidrate in Liechtenstein

Susanne Eberle-Strub (FBP)

- Falsch konzipierte Statistik bei medizinischen Leistungen

Johannes Hasler (FBP)

- Rotwildbestand in Liechtenstein

Rainer Beck (VU)

- Staats- und Fiskalquote in Liechtenstein

Violanda Lanter-Koller (VU)

- Kirche und Staat
- Kita-Finanzierung

Johannes Kaiser (PF)

- Ambulant vor stationär
- Liecht. Krankenkassenverband
- Spitalzusatzversicherung
- Personalbestand und Ausländeranteil bei der Landesverwaltung
- Offene Fragen zum Jahresbericht 2017 der Finanzmarktaufsicht

Mario Wohlwend (VU)

- Hausarzt-Nachfolgeregelung

Manfred Kaufmann (VU)

- Blockchain-Unternehmen in Liechtenstein

Eugen Nägele (FBP)

- Modernisierung Zentrales Personenregister ZPR

Erich Hasler (DU)

- Eisenbahninfrastruktur und die Eisenbahnkonzessionsfrage
- Rheinaufweitung und Machbarkeitsstudie

Wendelin Lampert (FBP)

- Besitzverhältnisse der Medicnova Betriebsgesellschaft
- Aussagen der Ärztekammer-Präsidentin

Daniel Seger (FBP)

- Gerichtsgebühren im Zusammenhang mit der Errichtung und Hinterlegung eines Testaments

Thomas Rehak (DU)

- Auswirkungen des Glasfaserausbaus

Desirée Vogt

dvogt@medienhaus.li

Einmal lag der Betrag, welchen der Staat an die Kosten der obligatorischen Krankenversicherung zahlt, bei 57 Mio. Franken – heute beläuft sich die Subvention noch auf 27 Mio. Franken. Und obwohl bekannt ist, dass sich viele Bürger die Krankenkassenprämien kaum mehr leisten können, manche gar um jeden Rappen kämpfen müssen, kommt es für Mehrheit der Abgeordneten nicht in Frage, die Uhr wieder zurückzudrehen und die Bürger damit massiv zu entlasten. Ein entsprechender Antrag der Freien Liste, den Staatsbeitrag wieder auf 57 Mio. Franken zu erhöhen, scheiterte komplett. Wenn schon keine Senkung der Prämien, dann wenigstens eine Prämienbremse, dachte sich der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend und stellte den Antrag auf Erhöhung um 4 Mio. auf 33 Mio. Franken. Dies hätte zumindest dafür gesorgt, dass die Krankenkassenprämien im Jahr 2019 nicht weiter ansteigen. Doch auch dieser Antrag scheiterte – wenn auch knapp – an den Stimmen der Unabhängigen und FBP.

So bleibt es also auch im Jahr 2019 bei 29 Mio. Franken, die der Staat an die Kosten der obligatorischen Krankenversicherung zahlt. Und damit müssen die Bürger wohl mit einer weiteren Prämienhöhung rechnen.

«Nicht Geld bunkern wie Dagobert Duck»

Die Argumente der Freien Liste, dass die Belastung mit der KVG-Revision nicht wie erwartet gesunken ist, sondern die Kosten von den Gesunden auf die Kranken abgewälzt wurden und deshalb eine signifikante Erhöhung des Staatsbeitrags angebracht sei, blieben komplett ungehört. Oder anders ausgedrückt: Der Antrag wurde garnicht ernstgenommen. Anders sah es hingegen beim An-



Der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend wollte mit einer moderaten Erhöhung des Staatsbeitrags erreichen, dass die Prämien, wenn sie schon nicht sinken, wenigstens gleich bleiben. Bild: Daniel Schwendener

trag des VU-Abgeordneten Mario Wohlwend aus, der mittels einer Erhöhung von 4 Mio. Franken wenigstens dafür sorgen wollte, dass die Prämien im kommenden Jahr nicht noch weiter ansteigen. «Der Zweck des Staates ist das Glück seiner Bürger. Wir sollten nicht wie Dagobert Duck das Geld bunkern oder wie Nestlé auf den Wasserquellen hocken und die Bürger ihrem Schicksal überlassen», so Wohlwend. Die Kostensteigerung des demografischen Wandels und des technischen Fortschritts könne nicht allein auf den Prämienzahler abgewälzt werden. «Mit 4 Mio. Franken öffnen wir nun wirklich nicht unkontrolliert Schleusen, sondern sorgen dafür, dass zarte Pflanzen nicht ganz eingehen.» Ausserdem könne mit dieser Erhöhung des Staatsbeitrags Zeit für weitere Massnahmen gewonnen und dann gezielt die Hilfsbedürftigen unterstützt werden. So zum Beispiel mit der Reform des Prämienverbilligungssystems, zu welchem die

VU zwar bereits einen Vorstoss angekündigt hat, was aber nicht von heute auf morgen realisiert werden kann.

«Wollen die Kassen Bank für uns spielen?»

Für die Abgeordneten der FBP und die Unabhängigen kam eine Erhöhung des Staatsbeitrags nicht in Frage. Und doch war eine neuerliche Diskussion darum nicht ganz umsonst, wie sich zeigte, als einige Abgeordnete auf die zum Teil sehr hohen Reserven der Krankenkassen verwiesen und sich darüber wunderten, wie es sein kann, dass die Kosten pro versicherte Person zwar gesunken, die Prämien jedoch im gleichen Zug gestiegen sind. «Diese Reservesituation scheint mit Blick auf die Prämien keine Rolle zu spielen», monierte etwa der Parteifreie Johannes Kaiser. «Wollen die Kassen tatsächlich solche grossen Reserven anhäufen und Bank für uns spielen?» Sinkende Gesundheitskosten, üppige Reser-

ven und steigende Prämien? Das ist auch für Wendelin Lampert (FBP) ein absolutes Unding. Er appelliert an die Krankenkassen, die Frage zu beantworten, wie das sein kann und kündigte an: «Wir werden uns sonst überlegen müssen, was wir in dieser Sache unternehmen können.» Auch Elfried Hasler sieht diesbezüglich Handlungsbedarf und fragt sich, ob die Krankenkassen nicht allenfalls von sich aus tätig werden müssten und neben einer Untergrenze auch eine Obergrenze für die Reserven definierten sollten.

Wenn also die Bürger schon entlastet werden sollen, warum nicht über diese Reserven der Krankenkassen? Diese Frage tauchte schliesslich auch gleich von mehreren Abgeordneten auf. Und tatsächlich prüft die Regierung die Möglichkeit, ob es rechtlich zulässig wäre, die Reserven der Kassen anzutasten, wie Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini ausführte. Zu berücksichtigen sei allerdings auch, dass die

Reservesituation der Kassen unterschiedlich sei, weshalb auch die jeweiligen Massnahmen diskutiert werden müssten. Eine Prämienreduktion über diese Reserven anzustreben, erachtet Pedrazzini jedoch als nicht zielführend. Irgendwann würde dies nämlich bedeuten, dass der «Reservenabbaumodus» wieder verlassen werden müsse, was dann wiederum eine Prämienhöhung zur Folge habe. «Deshalb wäre es besser, wenn die Reserven beispielsweise mittels einer Einmalzahlung oder mehreren Auszahlungen verringert würden. Dann sind wir später nicht verpflichtet, die Prämien wieder sinnlos zu erhöhen», erklärte der Gesundheitsminister.

Welchen Stellenwert haben Hausärzte?

Wenig Beachtung schenkte Pedrazzini hingegen Ausführungen, wonach eine starke Hausarztmedizin als wirkungsvolles Instrument zur Kostendämmung gesehen wird. So verwies etwa der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser darauf, dass dem Hausarztssystem das Ausdrohe und es in Liechtenstein höchste Zeit für ein politisches Bekenntnis zu den Hausärzten sei. «Die Wiedereinführung des Hausarztmodells wäre zu prüfen», ist Wenaweser überzeugt.

Die Hausarztmedizin habe in den Überlegungen des Ministeriums einen hohen Stellenwert, so die Antwort des Gesundheitsministers. So sähe er die 4 Mio. Franken, um welche die VU den Staatsbeitrags erhöhen wollte, besser in sogenannte Gemeindefrankenschemata investiert. «Wir würden eine grosse Wirkung erzielen, wenn die Hausärzte durch gut ausgebildete Pflegefachkräfte entlastet würden. Voraussetzung ist der Wille und die Bereitschaft der Ärzteschaft, sich auf ein solches Modell einzulassen.»

Land springt erneut in die Bresche

Radio L Ein dreifaches Déjà-Vu erlebte der Landtag gestern unter Traktandum 6: Wieder ging es um einen Nachtragskredit für Radio L, wieder war der Widerwillen spürbar, wieder wurde zähneknirschend zugestimmt.

Weil der Liechtensteinische Rundfunk (LRF) seit 2013 keine Vorsteuerkürzung auf die staatlichen Subventionen machte, hat Radio L bei der Steuerverwaltung nun Schulden in Höhe von 225 000 Franken. Um diese begleichen zu können, stellte die Regierung deshalb beim Landtag einen Antrag auf einen Nachtragskredit in ebendieser Höhe.

«Das Mass ist für mich voll»

Die Freude darüber hielt sich bei den Abgeordneten bei der gestrigen Beratung wenig überraschend in sehr engen Grenzen. Viele von ihnen störten sich vor allem massiv am Umstand, dass das Parlament im Fall von Radio L erst im vergangenen September notgedrungen einen Nachtragskredit hatte bewilligen müssen – damals über 345 000 Franken für die Bezahlung hängiger Urheberrechtsgebühren. «Jetzt muss mal

Schluss sein mit diesen Nachtragskrediten», machte etwa der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann seinem Unmut Luft. Noch deutlicher wurden die DU-Vertreter. «Das Mass ist für mich voll. Einfach zum Landtag zu rennen und Geld zu wollen – das kann's nicht sein», hielt Thomas Rehak fest. Sein Fraktionskollege vermutete hinter all dem «nicht nur Schlamperei sondern ein System». Jedes kleine Unternehmen schaffe es, dass die Abrechnungen stimmten – nur Radio L nicht.

«Buchhaltung zeigt sich beratungsresistent»

Günter Vogt drehte das Rad der Zeit in seinem Votum noch etwas weiter zurück. Bereits in einem Bericht einer Besonderen Landtagskommission aus dem Jahr 2007 wurden laut dem VU-Fraktionsführer diverse Mängel in finanziellen Belangen aufgeführt – darunter auch Probleme bei

Buchhaltungsfragen, ja, auch bezüglich der Vorsteuerkürzungen. «So wie es aussieht», folgerte Vogt aus diesem Umstand, «zeigt sich die Buchhaltung beratungsresistent.»

Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch zeigte durchaus Verständnis für den Unmut der Abgeordneten. Zugleich plädierte er jedoch dafür, mit der Bewilligung des vorliegenden Antrags einen sauberen Schnitt durchzuführen. «Meine Haltung ist die, dass wir die Sachen jetzt bereinigen müssen und dann nach vorn schauen.» Was nicht hiesse, dass die Suche nach den Ursachen für die fehlerhafte Mehrwertsteuerabrechnung damit eingestellt würde, wie er betonte. «Ich habe den Verwaltungsrat am 3. April beauftragt, entsprechende Abklärungen zu treffen. Diese sind allerdings noch nicht final gemacht», sagte er in Richtung des FBP-Abgeordneten Eugen Näge-

le, der die Frage nach der Verantwortlichkeit gestellt hatte.

DU-Abgeordnete wollen ein Zeichen setzen

Soweit, so gut? Nicht ganz. Gleich mehrfach kam aus den Reihen der DU die Ankündigung, dem Nachtragskredit keine Zustimmung erteilen zu wollen. «Irgendwo muss man auch mal konsequent sein und ein Zeichen setzen», betonte Fraktionssprecher Harry Quaderer. «Wenn wir die Fehler immer mit Geld zudecken», stimmte ihm Thomas Rehak zu, «wird sich nichts ändern.» Als Konsequenz brachte er einen eigenen Antrag ein: Der Landtag spricht einen Nachtragskredit in Höhe von 115 000 Franken, den Rest muss der Landessender über drei Jahre hinweg selbst abtrotten. «Das ist für Radio L sicher möglich, und der Landtag hat ein Zeichen gesetzt, dass er nicht alles mit sich machen lässt.»

Dieser Vorschlag wiederum stiess beim Regierungschef-Stellvertreter auf wenig Gegenliebe. Natürlich könne man ein Zeichen setzen, so Risch. Aber dabei stelle sich dann doch die Frage, ob es auch die Richtigen trifft. Seine Vermutung: wohl eher nicht. «Wir bestrafen wahrscheinlich nicht die Verantwortlichen, sondern die, die dort arbeiten. Deshalb möchte ich die Abgeordneten auffordern, dieses Signal nicht zu senden, sondern andere Wege zu suchen.»

Klare Mehrheit für Regierungsantrag

Mit seiner Bitte fand Risch offenkundig bei den meisten Abgeordneten Gehör. Der Antrag von Thomas Rehak erhielt nur fünf Ja-Stimmen, der Regierungsantrag daraufhin deren 21.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li